

Antrag*)

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

**zu dem von der Bundesregierung eingebrachten
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung der Wirtschaftspläne
des ERP-Sondervermögens für das Jahr 1975
(ERP-Wirtschaftsplangesetz 1975)
— Drucksache 7/2784 —**

A. Zielsetzung

Förderung der deutschen Wirtschaft einschließlich Berlins; Beitrag zur Entwicklungshilfe (Fortsetzung der bisherigen ERP-Programme).

B. Lösung

Bereitstellung von Mitteln in Höhe von rd. 2,6 Milliarden DM für die in den Wirtschaftsplänen genannten Förderungszwecke.

Die Ausgaben werden im wesentlichen durch Zins- und Tilgungseinnahmen, zu einem Teil durch Kreditaufnahme, finanziert.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

keine

D. Kosten

vgl. Abschnitt B

*) Bericht der Abgeordneten Dr. Warnke und Haase (Fürth) folgt

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Gesetzentwurf — Drucksache 7/2784 — mit folgenden Änderungen anzunehmen:

1. Im Kapitel 1 Tit. 862 01 wird eine Verpflichtungsermächtigung von 80 Millionen DM, fällig im Jahr 1976, aufgenommen.

Die Erläuterungen zu Titel 862 01 sind zu ergänzen:

Unterabschnitt a)

Verpflichtungsermächtigung: Zur besseren Kreditversorgung der kleinen und mittleren Unternehmen ist ein Teilbetrag der Verpflichtungsermächtigung bis zur Höhe von 50 Millionen DM erforderlich.

Unterabschnitt b)

Verpflichtungsermächtigung: Zur besseren Kreditversorgung der kleinen und mittleren Unternehmen ist ein Teilbetrag der Verpflichtungsermächtigung bis zur Höhe von 30 Millionen DM erforderlich.

2. Im Kapitel 1 Tit. 862 02 wird eine Verpflichtungsermächtigung von 40 Millionen DM, fällig im Jahr 1976, aufgenommen.

Die Erläuterungen zu Titel 862 02 werden wie folgt gefaßt:

Aus dem Ansatz können Darlehen an Produktionsunternehmen gewährt werden, die durch wesentliche Strukturänderungen ihres Produktionszweiges zu Umstellungsmaßnahmen gezwungen sind und für Rationalisierungsmaßnahmen bei kleineren und mittleren Betrieben des Handwerks, des Handels und des Fremdenverkehrs. Anträge hierfür können bis zum 30. September 1975 gestellt werden.

Verpflichtungsermächtigung: Zur Besseren Kreditversorgung ist eine Verpflichtungsermächtigung bis zur Höhe von 40 Millionen DM erforderlich.

2. Folgender Entschließungsantrag wird angenommen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei der Vorbereitung der ERP-Wirtschaftspläne 1976 zu prüfen, wie die Ansätze für Programme zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere

a) Regionale Wirtschaftsförderung und

b) Existenzgründungen und Betriebe in neuen Wohnsiedlungen
fühlbar verbessert werden können.

Bonn, den 23. Januar 1975

Der Ausschuß für Wirtschaft

Dr. Narjes	Dr. Warnke	Haase (Fürth)
Vorsitzender	Berichterstatter	